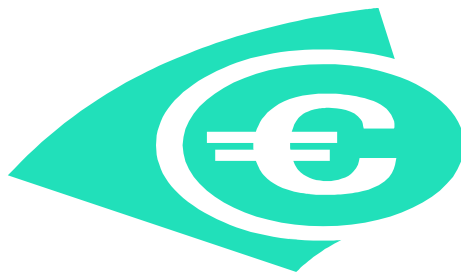


Tarif- und Besoldungsrunde 2009



aktuell

8 %, mindestens 200 € mehr

„Wir fordern nichts Unmögliches!“

- 2.500 Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes beteiligten sich an Protestaktion in Kiel -
- Auch in Lübeck und Flensburg Aktionen -

KIEL. Mehr als 2.500 Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes zogen gestern zu einem Protestmarsch durch die Kieler Innenstadt, um in den laufenden Tarifverhandlungen ihre Forderung für eine achtprozentige Gehaltsanhebung oder mindestens 200 Euro zu unterstreichen. Nachdem über Tag landesweit mit ersten Warnstreiks für Unruhe gesorgt worden war, begaben sich die mit Trillerpfeifen und Rasseln ausgestatteten Protestler, in die sich auch rund 300 Polizeibeschäftigte eingereiht hatten, unmittelbar zum Amtssitz von Finanzminister Rainer Wiegard (CDU). Hier machten die Demonstranten in einer Abschlusskundgebung lautstark ihre Verärgerung über die bisherige destruktive Haltung der Arbeitgeber und gleichzeitig ihre Forderungen im Tarifstreit deutlich.

Für die Beschäftigten der Landespolizei gehörte Klaus Boese (Gewerkschaft der Polizei, Foto Seite 2) zu den Rednern. In seiner von wiederholtem Beifall begleiteten Rede kritisierte Boese die Verweigerung der Arbeitgeber, nach zwei Verhandlungsrunden noch immer kein Angebot unterbreitet zu haben.



Dabei hielt der GdP-Sprecher noch einmal vor Augen, was die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes in den vergangenen Jahren an Beiträgen zur Konsolidierung der Haushalte erbracht hätten. Neben dem Reallohnverlust seit dem Jahre 2000 sei die Lebens- als auch die Wochenarbeitszeit verlängert worden und das Weihnachts- und Urlaubsgeld gestrichen oder gekürzt worden. Und auch den



Rentner und Pensionären seien Kürzungen zugemutet worden „Deshalb befinden sich inzwischen viele Kolleginnen und Kollegen in wirtschaftlichen Notlagen. Besonders bitter ist, dass in unzähligen Familien zudem die Kinder unter dem unzureichenden Einkommen leiden“, zürnte Klaus Boese. Parallel dazu habe durch Personaleinsparungen im Öffentlichen Dienst die

Arbeitsbelastung der Beschäftigten spürbar zugenommen. „Wer auf der anderen Seite aber Schutzschirme aus Hunderten von Milliarden für die Wirtschaft aufspannt, darf seine eigenen Beschäftigten nicht im Regen stehen lassen“, stellte Boese fest.

In den vergangenen zehn Jahren seien die Einkommen der Beschäftigten geringer gestiegen als die Inflationsrate. „Wir haben immer weniger Geld zum Leben und fordern nicht Unmögliches. Wir wollen Gerechtigkeit“, sprach der GdP-Vertreter den anwesenden Protestler aus der Seele.

Dabei unterstrich Boese die Forderung nach einer Gehaltserhöhung von 8 Prozent, mindestens 200 Euro. „Das stärkt die Nachfrage und ist unser Konjunkturprogramm für die Finanz- und Wirtschaftskrise!“, rief Klaus Boese den wütenden Demonstranten zu.

Am Vormittag gab es auch Aktionen der Landesbediensteten in Lübeck und Flensburg. Auch hier beteiligten sich Tarifbeschäftigte und Beamtinnen und Beamte der Landespolizei. Die nächste Verhandlungsrunde ist am 14. Februar 2009. Die Gewerkschaften erwarten ein konkretes Angebot der Arbeitgeber. Dies muss verhandelbar sein.

Text/Fotos: Thomas Gründemann

<p>Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Schleswig-Holstein e.V. Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel, Telefon 0431-17091, Telefax 0431-17092, eMail: gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de, 10. Februar 2009 – Nr. 88</p>
--